

Bernd Brackmann

## Gute Wortwahl?

Ein Kommentar zum ›Wort‹ und zum ›Unwort‹ des Jahres 2016

Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) wählt seit 1977 regelmäßig das ›Wort des Jahres‹ bzw. die ›Wörter des Jahres‹. Auch für 2016 benannte die GfdS »jene zehn Wörter und Wendungen, die den öffentlichen Diskurs des Jahres wesentlich geprägt und das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sprachlich in besonderer Weise begleitet haben.« Diese Wörter sind: 1. Postfaktisch, 2. Brexit, 3. Silvesternacht, 4. Schmähkritik, 5. Trumpf-Effekt, 6. Social Bots, 7. schlechtes Blut, 8. Gruselclown, 9. Burkiniverbot, und – als ›Satz des Jahres‹ – : 10. Oh, wie schön ist Panama.

»Das Kunstwort postfaktisch, eine Lehnübertragung des amerikanisch-englischen post truth«, so die GfdS, »verweist darauf, dass es in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen heute zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht. Immer größere Bevölkerungsschichten sind in ihrem Widerwillen gegen ›die da oben‹ bereit, Tatsachen zu ignorieren und sogar offensichtliche Lügen bereitwillig zu akzeptieren.«<sup>1</sup> Die ›Süddeutsche Zeitung‹ schlug in ihrem Kommentar den allgemeinen Medientenor an: »Der Ausdruck füllt eine sprachliche Lücke, die wir bis vor kurzem gar nicht bemerkt haben. Er beschreibt einen Zustand, in dem subjektives Empfinden wichtiger ist als sachliche Argumente. Ja, in dem es vielen Menschen egal ist, ob man nun mit korrekten Fakten hantiert oder nicht. [...] Sich aber mit dem Postfaktischen als Zustandsbeschreibung abzufinden, wäre fatal. Angesichts emotionaler Debatten, populis-

tischer Äußerungen oder Lügen gilt es vielmehr, falsche Behauptungen als solche zu entlarven und Argumente in den Vordergrund zu rücken. [...] Den Ausdruck postfaktisch nicht nur deskriptiv zu verwenden, sondern als Handlungsaufforderung zu verstehen, wird schwer genug. Aber wir müssen es versuchen. Andernfalls droht [...] das postdemokratische Zeitalter.«<sup>2</sup>

Das Wort suggeriert also, dass es bis vor Kurzem eine Orientierung an Fakten und entsprechenden Nachrichten gegeben habe, die das öffentliche Leben prägte und eine vernünftige Grundlage zur Urteilsbildung lieferte. Tatsächlich ersetzt heute oft die Empfänglichkeit für billige Parolen die nüchterne Überlegung und genaue Prüfung von Informationen – nicht nur zum eigenen Vorteil. Wer z.B. als »kleiner Mann« durch die Wahl der AfD eine bessere Vertretung seiner Interessen erwartet, dürfte bei Durchsicht des neoliberalen Parteiprogramms mehr als enttäuscht werden. So wird zwar mit gutem Grund gefordert, man solle den Manipulatoren scharf auf die Finger sehen und die zunehmende Emotionalisierung kritisch in den Blick nehmen. Warum es aber zu diesem massiven Misstrauen gekommen ist, wird ausgeblendet.<sup>3</sup> Wagen wir daher einmal, mögliche Gründe zu benennen.

Viele schenken den Versprechungen und Erklärungen ihrer politischen Führung keinen Glauben mehr, weil diese schon allzu oft nicht nur Tatsachen zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hat, z. B. mit widerspruchloser Akzep-

die Drei 3/2017

tanz von Lügen bzw. unbewiesenen Behauptungen zu Kriegseignissen, außenpolitischen Einseitigkeiten und schmerzhaften Sozialreformen, deren gebetsmühlenartig beschworene Notwendigkeit sich als Lüge herausstellte;<sup>4</sup> die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland arbeitet in prekären Arbeitsverhältnissen; die Folgen von Flucht und Migration scheinen nur vordergründig bearbeitet, Probleme nicht wirklich gelöst zu sein.

So ist eine Situation entstanden, die in vieler Hinsicht eine Abkehr von der bisherigen, einseitig auf wirtschaftliches Wachstum, globalen Wettbewerb und neoliberale Reformen ausgerichteten Politik erfordert. Doch statt neuer Ideen zur Belebung der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft bemerkt man hinter der äußeren Seriosität mancher »Volksvertreter« einen Verlust an Wahrhaftigkeit, zweifelhafte Absichten und uneingestandene Abhängigkeiten. Gerade weil Faktentreue und Wahrheitsliebe schon längst nicht mehr das politische Geschäft prägen, wird das »postdemokratische Zeitalter«, vor dem die »Süddeutsche Zeitung« warnt, von vielen Bürgern bereits als bedrückende Wirklichkeit empfunden. Enttäuscht und hilflos hören sie in ihrer Wut lieber markige Worte als Schönrederei. Das hilft natürlich niemandem, denn wirklich tragfähige Lösungen findet man nur außerhalb der rückwärtsgewandten Propaganda, wie sie die meisten Populisten verbreiten, und jenseits des ideenlosen »Weiter so« unserer der politischen »Mitte«.<sup>5</sup>

### *Verbale Fehlgriffe*

Bisher hat leider noch niemand einen Ausdruck für diese bedrohliche, die Demokratie untergrabende Tendenz der letzten Jahrzehnte geprägt, aber er wäre ebenso notwendig wie das Wort »postfaktisch«, das die tieferen Gründe für die Entfremdung zwischen Bürgern und Politikern verschleiert. Es erweist sich insofern im doppelten Sinne als ein Symptom der gegenwärtigen Tendenz zur Unwahrhaftigkeit – was anscheinend von manchen Bürgern bemerkt wurde, denn unter den 594 eingeschickten Vor-

schlägen für die Wahl zum »Unwort des Jahres 2016« wurde es mit 48-mal am häufigsten genannt, gefolgt von »Populismus/Rechtspopulismus« (38 mal). Nur dreimal wurde »Volksverräter« eingesendet, das aber dennoch ausgewählt wurde, weil es ein »typisches Erbe von Diktaturen, unter anderem der Nationalsozialisten« sei. Als Vorwurf gegenüber Politikern sei es »in einer Weise undifferenziert und diffamierend, dass ein solcher Sprachgebrauch das ernsthafte Gespräch und damit die für Demokratie notwendigen Diskussionen in der Gesellschaft abwürgt«.<sup>6</sup> Obwohl eine Übertragung dieses Ausdrucks auf die aktuelle Situation sowieso völlig unangemessen ist, da im Dritten Reich mit ihm zumeist Menschen bezeichnet wurden, die gerade nicht das Volk verrieten, sondern sich dem unmenschlichen Regime widersetzen, sollte klar sein, dass jeglicher Gebrauch eines Nazi-Wortes ein unerträglicher Fehlgriff ist, weil er die Fronten nur verhärten kann.

Doch gibt es dazu noch einen weiteren Gesichtspunkt, wie der Fernsehsender n-tv feststellte: »Zum dritten Mal in Folge steht ein Feindbegriff der Rechtspopulisten an der Spitze des Unwort-Rankings – und das beweist auch: In den vergangenen drei Jahren haben es Politik, Medien und Gesellschaft nicht geschafft, den Menschenfängern vom rechten Rand die Grundlage für ihre Hassrhetorik zu entziehen. Vielmehr scheint es, als habe sich die Radikalität, mit der hierzulande über Flüchtlingskrise, Europapolitik und Terrorismus diskutiert wird, noch verschärft. Höchste Zeit also, dass wir zu einer sachlichen Sprache zurückfinden – nicht nur auf der Straße, sondern auch an der politischen Spitze.«<sup>7</sup> Dem ist zuzustimmen, doch zurückfinden sollte man nicht nur zu einer »sachlichen«, sondern auch zu einer inhaltlich überzeugenden Sprache und zu einer Politik, die solche verbalen Entgleisungen ebenso wie Attacken gegen Schwache und Schutzsuchende verhindern könnte. Denn es genügt nicht, eine nationalistische oder fremdenfeindliche Gesinnung mit Begriffen wie »Populisten«, »Pack«, »Dunkeldeutschland« etc. abzukanzeln, sondern es stellt sich die Frage, wie ihr die Basis zu entziehen ist. Hätte man nicht ihre Auswei-



Foto: imago/Steinach

tung verhindern können, wenn z.B. die voraussehbare Massenflucht und deren Folgen durch aktivere Friedensförderung, gerechtere Handelspolitik mit Afrika und bessere Vorbereitung zumindest abgemildert worden wären?

Mit der Wahl des ›Wortes‹ und des ›Unwortes des Jahres‹ soll aufgezeigt werden, was akzeptables Sprachverhalten ist und was nicht. Sicher ist es besser, Naziparolen und dergleichen zu vermeiden. Ist demgegenüber aber die sogenannte politische Korrektheit immer vorzuziehen? Auch die Parteien der »Mitte« sind nicht frei von populistischen Tendenzen. Muss nicht ein beschwichtigender Satz der Kanzlerin wie: »Den deutschen Bürgern ging es noch nie so gut wie heute« massiven Widerspruch herausfordern? Und warum bleibt neben manch anderen trügerischen Ausdrücken ein Wort wie »Wertegemeinschaft« für das Bündnis Deutschlands mit den USA völlig unhinterfragt – obwohl es doch in Bezug auf Demokratie, Freiheit und Menschenwürde inhaltlich kaum noch haltbar

ist (man denke nur an die unzähligen Eingriffe der USA in die Belange anderer Staaten, den polizeilichen Rassismus, die Anwendung der Todesstrafe und die Einschränkung der Bürgerrechte durch den ›Patriot Act‹ und seine Nachfolgegesetze)? Zwar will die ›Unwort‹-Jury »das Sprachbewusstsein und die Sprachsensibilität in der Bevölkerung fördern. Sie lenkt den Blick auf sachlich unangemessene oder inhumane Formulierungen im öffentlichen Sprachgebrauch, um damit zu alltäglicher sprachkritischer Reflexion aufzufordern«<sup>8</sup> – doch sollte sie diese Absicht auch auf weniger offensichtliche »Grenzen des Sagbaren« lenken als nur auf grobschlächtigen Naziwortschatz. Damit etwa die verschleiernde Wirkung eines wohlklingenden Wortes wie »Wertegemeinschaft« bemerkt wird, dürfte der Öffentlichkeit durchaus einmal oder mehrmals ein ›Unwort‹ präsentiert werden, das den offiziellen Konsens nicht bestätigt, sondern infrage stellt und unbeachtete Hintergründe in den Blick rückt.

1 <http://gfds.de/wort-des-jahres-2016/>

2 <http://www.sueddeutsche.de/kultur/deutsche-sprache-wort-des-jahres-warum-es-nicht-beim-postfaktischen-bleiben-darf-1.3287431>

3 Unbeachtet bleibt auch, ob diese »Bevölkerungsschichten« sich generell – angeblich – Fehlinformationen ausliefern oder ob nicht zumindest Teile von ihnen alternative Nachrichten abrufen, weil diese das Bild des gesellschaftlichen Zustandes kritischer zeichnen als die gängigen Medien.

4 Nachgewiesen wurden diese Lügen z. B. durch Albrecht Müller: ›Die Reformlüge‹ (München 2004) und speziell für die Rente durch Holger Balodis und Dagmar Hühne in: ›Die Vorsorgelüge‹ (Berlin 2012).

5 Dass es bessere Lösungen gibt, zeigt z.B. Sebastian

Scheidler in ›Das Ende der Megamaschine‹ (Wien 2015), besonders in dem Kapitel: ›Möglichkeiten – Ausstieg aus der Megamaschine‹, S.205 ff.

6 Die Aktion ›Unwort des Jahres‹ sitzt in Darmstadt und bezeichnet sich als sprachkritische Initiative, welche die »Grenzen des öffentlich Sagbaren in unserer Gesellschaft anmahnen« will. Die ›Unwort‹-Jury besteht im Kern aus vier Sprachwissenschaftlern und einem Journalisten. [http://www.unwort-des-jahres.net/fileadmin/unwort/download/pressemitteilung\\_unwort2016.pdf](http://www.unwort-des-jahres.net/fileadmin/unwort/download/pressemitteilung_unwort2016.pdf)

7 [http://www.n-tv.de/politik/politik\\_kommentare/Die-Hetzer-haben-das-Wort-article19516256.html](http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Die-Hetzer-haben-das-Wort-article19516256.html)

8 <http://www.zeit.de/kultur/2017-01/volksverraeter-unwort-des-jahres-2016-sprache>